

na immer wieder bekannt. Eine Untersuchung unter 160 promovierten Wissenschaftlern zeigt zum Beispiel, dass 60% von ihnen ihre Veröffentlichungen gegen Bezahlung in Auftrag gegeben haben. Etwa der gleiche Prozentsatz kopierte Schriften von Kollegen.

Einem Bericht der Hongkonger Tageszeitung *South China Morning Post* zufolge, wird auch unter den chinesischen Wissenschaftlern der Ruf nach einem strikteren Vorgehen gegen Fälscher aus den eigenen Reihen und nach mehr Ehrlichkeit zwischen den Kollegen immer größer. Einige machen aber auch das derzeitige Evaluierungssystem für den Missstand verantwortlich, bei dem mehr auf Quantität als auf Qualität und Originalität geachtet wird. (XNA, 7.3.06; SCMP, 16.3.06)

Gesellschaft

Günter Schucher

Mehr Geld für die Bauern

Die Ankündigung von Ministerpräsident Wen Jiabao in seinem Regierungsbericht vor dem Nationalen Volkskongress, künftig den Bauern mehr Aufmerksamkeit zu widmen und mehr staatliche Mittel in die Förderung der ländlichen Infrastruktur und Bildung zu investieren, hat weltweit große Aufmerksamkeit erlangt. Wen fasste damit allerdings nur Pläne zusammen, die bereits seit Oktober letzten Jahres sowohl öffentlich als auch in Parteischulen und auf Regierungstagen diskutiert werden (vgl. C.a., 2006/1, S.120ff.).

Letztlich widmen sich Partei und Regierung sogar schon im dritten Jahr zu Jahresbeginn zunächst der Bauernfrage (vgl. auch C.a., 2005/2, S.15ff.). Was 2004 mit Beschlüssen zur Steigerung ländlicher Einkommen begann, wird heute unter dem Motto der Schaffung eines „neuen sozialistischen Landes“ propagiert und als „historische Wende“ gepriesen. Von nun an soll nicht mehr die Landwirtschaft die Industrie, sondern die Industrie die Landwirtschaft unterstützen. Dies wäre in der Tat eine historische Wende, doch Zweifel sind angebracht; denn bisher wurde kein durchschlagender Erfolg erzielt, es sei denn, man betrachtet die Umwandlung von Agrar- in Industrieland als „Unterstützung durch die Industrie“.

Zwar sind die ländlichen Einkommen gestiegen, aber die Einkommenskluft zwischen Land und Stadt ist noch größer geworden. Und die ländlichen Kader haben bei der angekündigten Aufhebung von Gebühren (vor allem Schulgebühren) und Steuern zu viel zu verlieren, als dass sie der Regierung bereitwillig folgen. Manche halten daher auch die Reform der Regierungsstruktur auf dem Lande für die eigentliche Schlüsselfrage. Beijing kann aber auf die lokale ländliche Bürokratie nicht verzichten, wenn es seine Ziele durchsetzen will. Es versucht daher, die lokalen Kader durch eine groß angelegte Erziehungskampagne in den Griff zu bekommen. Um das niedrige ideologische Niveau anzuheben und die Kompetenz zu steigern, sollen nach Angaben der Organisationsabteilung des ZK 19,23 Mio. Parteikader erzogen werden und 1,75 Mrd. Yuan in den Aufbau lokaler Parteizentren gesteckt werden.

Die Lokalkader sollen aber auch mit finanziellen Anreizen gewonnen werden. Knapp 340 Mrd. Yuan sollen in diesem Jahr in das neue Programm investiert werden (42 Mrd. mehr als 2005), 1,2 Mio. km neue Straßen sollen gebaut und der Wegfall der Schulgebühren soll bis 2010 durch umgerechnet 13 Mrd. Euro kompensiert werden. Ob dieses Geld bei den Schulen ankommt oder nicht doch in Industrieprojekte investiert wird, wird sich zeigen. Ein staatliches Beratungsgremium hat ermittelt, dass nur ein Fünftel von den staatlichen Subventionen in der Landwirtschaft bei den Bauern ankommt.

Die bäuerlichen Haushalte werden durch den Wegfall von Gebühren durchaus entlastet, und zwar von 70 Mrd. Yuan in diesem Jahr, während die Abschaffung der Agrarsteuer nur eine Entlastung von 33,6 Mrd. Yuan bedeutet. Gerade die Schulgebühren sind bisher ein wichtiger Grund für die mangelnde Umsetzung der 9-jährigen Pflichtschule auf dem Lande gewesen und neben den Gesundheitskosten eine der Hauptbürden bäuerlicher Familien.

Eine stärkere Bildungsbeteiligung könnte den Bauern auch Hoffnung vermitteln, doch noch eines Tages am wirtschaftlichen Aufschwung Chinas partizipieren zu können. Diese und andere durch die staatlichen Ankündigungen genährten Hoffnungen sollen das Unruhepotenzial reduzieren, das auch von der Zentralregierung auf dem Lande registriert wird. Ob allerdings die Vision staatlicher Planer aufgeht, dass die chinesischen Bauern „nicht weit davon entfernt sind, ein neues Leben in einer Landwirtschaft frei von Steuern, mit freier Bildung

und billiger medizinischer Versorgung“, ist angesichts der weiter steigenden Zahl von Landnahmen fraglich.

Unter Berufung auf das kollektive Eigentum am Land nehmen lokale Regierungen – z.T. mit Hilfe der Polizei und/oder krimineller Banden – den Bauern auch weiterhin ihr Land weg, um es lukrativ für Industrie- oder Immobilienprojekte zu nutzen. Über 133.000 ha Agrarland sind es jedes Jahr und rund 1 Mio. Bauern verlieren so jährlich ihre Existenzgrundlage. Diese Landnahmen (und unzureichende Kompensationszahlungen) sind denn auch – neben Umweltproblemen – die Hauptursache für örtliche Revolten, die vielfach auch zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei und anschließenden Festnahmen führen. In seinem Buch *Breaking Through the Structural Obstacles to Development* schreibt Prof. Zhou Tianyong von der Zentralen Parteischule, dass die Bauern bisher nur 10% dessen erhalten haben, was das requirierte Land auf dem Markt wert war. Die anderen 4,5 Billionen Yuan wurden zu *windfall profits* der Entwickler und verschiedenen Regierungsebenen.

Schon vor längerem hat die Regierung eine angemessene Kompensation der betroffenen Bauern gefordert. Jetzt gab der stellvertretende Minister der Nationalen Entwicklungs- und Reformkommission Pläne bekannt, diese zu staffeln: Bei der öffentlichen Nutzung von Land soll die Kompensation angehoben werden, bei der kommerziellen soll sogar der Marktmechanismus eingeführt werden. Da aber beides in der Hand lokaler Regierungen bliebe, so warnen Kritiker, dürfte es dennoch für die Bauern schwierig sein, ihr Land zu schützen.

Das Problem wird darüber hinaus auch wegen der Sicherung der Ernährungsgrundlagen Chinas von der Regierung als dringend betrachtet. In diesem Sinne hat die neue Agrarpolitik noch ein weiteres Ziel: die Steigerung der Agrarproduktivität. Diese ist allerdings in den größten Teilen Chinas bereits relativ hoch (was zur Übernutzung von natürlichen Ressourcen beiträgt), weshalb Kritiker eher auf die Notwendigkeit verweisen, noch mehr Bauern aus der ländlichen Unterbeschäftigung in städtische Beschäftigung zu transferieren. Über 300 Mio. Bauern sollen in den nächsten 20 Jahren in Groß- und Kleinstädte abwandern. Bis 2050 will China sein Urbanisierungsprogramm zu 80% abgeschlossen haben.

Das neue staatliche Subventionsprogramm wird aber noch aus einer anderen Richtung kritisiert: Es widerspreche dem Geist der chinesischen Marktrefor-men. Diese Kritik ist Teil einer laufenden Debatte um die künftige Reformstrategie: Marktbe-fürworter reagieren dabei auf einen *conservative backlash*, der Geschwindigkeit und Richtung der Wirtschaftsrefor-men in Frage stellt. (ST, 15., 25.2.06; SCMP, 22.2., 2., 5., 9., 13.3.06; XNA, 8.2.06, nach BBC PF, 9.2.06; XNA, 21.3.06; FAZ, 6.3.06; FTD, 6.3.06; HB, 7.3.06; IHT, 10.3.06; FT, 9.3.06)

Mehr Rechtsschutz für Migranten gefordert

Der Staatsrat hat am 27. März ein seit längerem erwartetes Dokument zum Schutz der Rechte von inzwischen 150 Mio. Migran-ten veröffentlicht: *Several Opinions of the State Council on Resolving Peasant Worker*

Issues. Es spiegelt die vor zwei bis drei Jahren eingeleitete neue Betrachtung der Rolle von Migranten deutlich wider, wenn diese (so ein Editorial in der Parteizeitung *Renmin Ribao*) als „a new-style great labour army that has sprung up in the course of China's reform and opening up and industrialization and urbanization“ oder als „most lively, able, and respected new force active in the towns and the countryside“ bezeichnet werden. Den Migranten, die in den Städten faktisch immer noch diskriminiert werden, wird hier eine Brückenfunktion zwischen Stadt und Land zugeschrieben: Sie würden einen neuen Weg für die Überwindung des Stadt-Land-Dualismus und die Lösung der ländlichen Frage öffnen, mit ihrer Hilfe könne die Industrie effektiv das Land unterstützen (s.o.), könnten die Städte die Dörfer und die entwickelten die rückständigen Regionen fördern.

Noch allerdings sind die Migranten mit zahlreichen Problemen konfrontiert – in der beruflichen Bildung, der sozialen Absicherung, bei öffentlichen Dienstleistungen, hinsichtlich ihrer Kinder – und vielfach werden ihre legitimen Rechte verletzt. Hier soll nun entsprechend dem neuen Kurs, der den Menschen in den Mittelpunkt stellt, Abhilfe geschaffen werden – allerdings nicht nur in den Städten, auch das Land selbst soll gefördert, auch dort sollen Städte und lokale Industrie entwickelt werden, um den seit langem bestehenden Dualismus zu überwinden. Angesprochen werden Institutionen aller Ebenen: Die Regierungen sollen rundum in allen Bereichen, die die Migranten betreffen (Arbeit, Berufsbildung, Schule, Gesundheit, Wohnen, Kultur), tätig werden; Ge-

werkschaften, Jugend- und Frauenverband sollen sich um Migranten kümmern; alle Unternehmen und Arbeitgeber sollen soziale Verantwortung zeigen; städtische Kommunen sollen für Integration und Harmonie zwischen Städtern und Migranten sorgen; und die Medien sollen mithelfen, dass die Migranten respektiert, verstanden und geschützt werden.

Wenn die Regierung ihr Ziel, über verstärkte Migration die Land-Stadt-Unterschiede auszugleichen, tatsächlich erreichen will, dass müssen die genannten Probleme schnell angegangen werden. Aus der Provinz Guangdong meldet das Arbeitsamt z.B., es habe allein im Jahre 2005 1,27 Mio. Beschwerden über nicht ausgezahlte Löhne erhalten; Untersuchungen bei 16.900 Unternehmen haben zum Nachzahlen von Löhnen in Höhe von 1,2 Mrd. Yuan geführt. Ein anderes Problem ist die arbeitsrechtliche Stellung von Migranten. Hier will der All-Chinesische Gewerkschaftsverband (ACFTU) mit einem Drei-Jahres-Programm Abhilfe schaffen: Bis 2008 sollen ca. 90% der Migranten Arbeitsverträge erhalten.

Ohnehin nimmt der ACFTU seit einiger Zeit verstärkt Migranten in seine Reihen auf: Ende 2005 sollen 35% der Migranten in der Bauindustrie (11 von 40 Mio.) Gewerkschaftsmitglied geworden sein; insgesamt sind aber nur 13,8% der Migranten in der Gewerkschaft organisiert. Bis 2008 sollen es 70% sein. (XNA, 9., 12., 27.3.06; SCMP, 24.2.06; RMRB 28.3.06)

1,307 Mrd. Chinesen und die Sorge um die Rente

Ausgehend von der dritten 1%-Volkszählung in China, die am 1. November 2005 durchgeführt wurde, wurde für Ende 2005 eine Bevölkerungsgröße von 1,30756 Mrd. Chinesen errechnet, 3,2% mehr als am 1.11.2000, als die fünfte nationale Volkszählung stattfand. In den letzten fünf Jahren ist die Bevölkerung damit durchschnittlich um 0,63% oder 8,09 Mio. Menschen gewachsen. Die Geburtenrate fiel von 21,06 pro Tausend im Jahr 1990 auf 12,4 im Jahr 2005. Die ländliche Bevölkerung erreicht 745,44 Mio. bzw. 57%, die städtische 562,12 Mio. bzw. 43%.

Der Zensus belegt auch die bekannten Probleme: Über 11% der Bevölkerung sind 60 Jahre und älter (über 65 Jahre alt sind 100,55 Mio. Chinesen), ein deutlicher Hinweis auf das schnelle Altern der Bevölkerung. Das Geschlechterungleichgewicht zeigt sich in der Verteilung auf 51,53% Männer (673,75 Mio.) und 48,47% Frauen (633,81 Mio.). Die Größe der Wanderbevölkerung wurde mit 147,35 Mio. Menschen ermittelt.

In den nächsten 15 Jahren soll die Bevölkerung nach den Plänen des Staatsrats unter 1,5 Mrd. gehalten werden. Ohne die Geburtenplanungspolitik, so die Regierung, wäre die Bevölkerung schon heute um 300 bis 400 Mio. Chinesen größer und von dem erreichten „bescheidenen Wohlstand“ (*xiaokang*) könnte keine Rede sein.

Probleme bereitet der schnell wachsende Anteil alter Menschen. Schon seit 1999 zählt China nach UN-Kriterien (10% der Bevölkerung mindestens 60 Jahre alt) als „alternde Gesellschaft“. Mit 143 Mio. bildet

dieser Bevölkerungsteil den größten in der Welt – und er wächst jährlich um weitere 3,02 Mio. Im Jahr 2051 wird mit 437 Mio. der Höhepunkt erwartet, dann sind drei von zehn Chinesen über 60 Jahre alt. Probleme bereitet dies nicht nur für die jetzt schon verschuldeten Rentenkassen, sondern generell für die sozialen Sicherungssysteme. Schon jetzt (Zahlen für 2004) werden 350,2 Mrd. für die soziale Sicherung der alten Menschen ausgegeben; in den Altenheimen kommen auf 1.000 alte Menschen nur 8,6 Betten, weit weniger als die 50-70 Betten in den entwickelten Ländern.

Weit dramatischer wird die Lage, wenn man bedenkt, dass diese Angaben nur für die Städte gelten; denn die 85,57 Mio. alten Menschen auf dem Lande (66% aller Alten) kommen überhaupt nicht in den Genuss sozialer Sicherung. (RMRB online, 11.2.06; XNA, 23., 28.2., 16.3.06; SCMP, 24.2., 17., 22.3.06)

Entwurf eines Arbeitsvertragsgesetzes veröffentlicht

Am Montag, den 20. März, wurde vom Nationalen Volkskongress der Entwurf eines Arbeitsvertragsgesetzes veröffentlicht (www.npc.gov.cn/) und zur Diskussion gestellt. In dem Dokument werden in sieben Abschnitten der Abschluss, die Ausführung, die Änderung und die Beendigung von Vertragsverhältnissen geregelt. Arbeitsverträge wurden erstmals 1986 für neu einzustellende Arbeiter eingeführt, um die Möglichkeit zu schaffen, bis dahin lebenslang bestehende, vertragslose Beschäftigungsverhältnisse (die „Eiserne Reisschale“) beenden und so

Beschäftigung flexibler an Produktionsbedürfnisse anpassen zu können. Bis Ende der 1990er Jahre wurden alle städtischen Beschäftigten in diese Regelung einbezogen, nachdem das seit 1995 gültige Arbeitsgesetz dies so festgelegt hatte.

Hinzugefügt werden muss aber, dass mit den ländlichen Migranten eine große Beschäftigtengruppe außerhalb der Reichweite der Regelungen blieb und auch für die übrigen Arbeitskräfte Verletzungen der Vertragsbestimmungen häufig Anlass zur Klage gaben. Mit dem veröffentlichten Entwurf liegt erstmals ein spezifisches Gesetz für Arbeitsverträge vor. Nach dem Gesetz über Eigentumsrechte ist es das zweite, das öffentlich 30 Tage lang zur Diskussion gestellt wird. Bis zum 20. April sollen auch alle lokalen Gesetzgeber und alle Rechtsexperten ihre Meinung äußern. (XNA, 20.3.06)

Aktuelle Arbeitsmarktstatistik

Die Nationale Entwicklungs- und Reformkommission hat Mitte Februar Zahlen über die Arbeitsmarktlage zum Jahresende 2005 veröffentlicht. Danach

- wurden im Jahresverlauf 610.000 Arbeiter von Staatsbetrieben freigestellt (*xiaogang*), 920.000 weniger als Ende 2004,
- waren am Jahresende 4,6 Mio. Arbeiter freigestellt,
- haben 5,1 Mio. von Staatsbetrieben freigestellte Arbeiter neue Anstellung gefunden, darunter 1,1 Mio. im Alter zwischen 40 und 50 Jahren,
- konnte 9,7 Mio. Menschen im Jahr 2005 eine Arbeitsstelle vermittelt werden (0,7 Mio. mehr als geplant),

- stieg die Arbeitslosigkeit in den Städten langsamer und nahm um 110.000 auf 8,39 Mio. zu, die Arbeitslosenrate lag wie im Vorjahr bei 4,2%,
- kamen 108 Mio. Bauern auf der Suche nach Arbeit in die Städte, 5,64 Mio. mehr als im Vorjahr – der größte Zuwachs der letzten fünf Jahre; von den 108 Mio. haben 57,8% einen festen Job (2,9% mehr als 2004) bei einem durchschnittlichen monatlichen Lohn von 852 Yuan (6,1% mehr).

Die Möglichkeiten zur Verringerung der Arbeitslosigkeit sind allerdings weiterhin gering. Zu den 4,6 Mio. Freigestellten z.B. kommen im Laufe der nächsten drei Jahre noch 3,6 Mio. hinzu. Die Zahl der über 16-Jährigen wird 2006 einen Höhepunkt erreichen, womit 17 Mio. Jugendliche neu in die Reihen der Arbeitskräfte eintreten. Und für die Migranten sieht die staatliche Politik ohnehin eine stetige Zunahme vor. Insgesamt rechnet die Kommission für 2006 mit 25 Mio. Arbeitsuchenden, denen nur 11 Mio. freie Stellen gegenüber stehen, von denen wiederum 8 Mio. nur geschaffen werden, wenn sowohl das Wirtschaftswachstum als auch die Beschäftigungselastizität gehalten werden können.

Eine nur kleine Entlastung bringt dabei die wachsende Zahl von Chinesen, die im Ausland arbeiten. Im Jahre 2005 sandten Chinas Vermittlungsagenturen 274.000 Arbeitskräfte in fremde Länder und Regionen, sodass die Zahl der in Übersee arbeitenden Chinesen bis Ende 2005 auf 565.000, also gut eine halbe Million anstieg. Die Hälfte von ihnen ist in anderen asiatischen Ländern (Japan, Singapur, Südkorea, Hong-

kong) beschäftigt. (XNA, 10.2.06, nach BBC PF, 11.2.06; XNA, 14.2.06, nach BBC PF, 15.2.06)

Regeln zur Verhütung und Kontrolle von AIDS veröffentlicht

AIDS hat im Jahr 2005 Hepatitis B als Infektionskrankheit mit der dritthöchsten Sterblichkeitsrate in China abgelöst; an der Spitze stehen weiterhin Tuberkulose und Pocken. Insgesamt sollen die „tödlichsten Krankheiten“ im letzten Jahr 13.185 Leben gefordert haben, wobei nicht klar ist, welche Krankheiten dies sind. Für AIDS gibt es nach wie vor keine zuverlässigen Zahlen. Im Januar wurde in einer Studie der chinesischen Regierung und der WHO die Zahl der HIV-Infizierten mit 650.000 und die der AIDS-Kranken mit 75.000 angegeben. Am 22. Februar sprach die Regierung von 144.089 bestätigten Virus-Infizierten und 32.886 AIDS-Kranken. Noch vor zwei Jahren wurden 840.000 HIV-Positive und 84.000 an AIDS Erkrankte geschätzt. Die im Januar veröffentlichten niedrigeren Zahlen sollen auf verbesserte Methoden zur Datenerhebung zurückzuführen sein.

Wenn die Datenbasis somit auch unbefriedigend bleibt, wird doch allgemein von einer in den letzten Jahren verbesserten Politik ausgegangen. Ein deutliches Zeichen dafür sind auch die am 18. Januar vom Staatsrat beschlossenen Regeln für die Verhütung und Kontrolle von AIDS, die am 1. März in Kraft traten (XNA, 12.2.06, nach BBC PF, 19.3.06). Sie sollen mit ihren sieben Abschnitten die Erkrankten vor Diskrimi-

nierung (bei Heirat, Beschäftigung, medizinischer Versorgung und Bildung) schützen und drohen ihnen zugleich Strafen an, wenn sie andere wissentlich anstecken und Partner wie Ärzte nicht von ihrer Infektion unterrichten. Lokalregierungen ab der Gemeindeebene werden verpflichtet, AIDS-Patienten vom Lande und ärmere Städter kostenlos mit Medikamenten zu versorgen sowie die Übertragung von Müttern auf ihre Babys durch Beratung und freie Behandlung zu verhindern. Vor allem die zunehmende Infektion von Frauen (vor allem durch Prostitution) sowie von Drogenabhängigen macht den Gesundheitspolitikern Sorge.

Von HIV/AIDS-Aktivisten wurde betont, dass es sich bei den Regeln nur um die Zusammenfassung bereits geltender Maßnahmen handelt; allein auch dies könnte angesichts der Unübersichtlichkeit der bisherigen über 500 Regeln und Richtlinien ein Fortschritt sein. Weiter kritisierten sie, dass es vor allem um die Durchsetzung der Regeln schlecht bestellt sei; u.a. sei die Koordination zwischen der Vielzahl der an der AIDS-Bekämpfung beteiligten staatlichen Stellen weiter ungeklärt. (WSJ, 12., 13.2.06; SCMP, 13., 22.2.06)

Außenwirtschaft

Margot Schüller, Li Chen, Laila Pfennig und Howard Loewen

Chancen und Risiken Deutschlands auf dem chinesischen Markt

Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), Georg Braun, betonte auf einer DIHK-Konferenz die Wirtschaftsdynamik Chinas und Indiens. Er forderte die deutsche Wirtschaft dazu auf, verstärkt in Forschung und Entwicklung zu investieren, um den Vorsprung Deutschlands zu halten.

Deutsche Unternehmen gehen davon aus, dass ein großes Potenzial in der Industrie- und Automatisierungstechnik, vor allem im Bereich des Motoren- und Fahrzeugbaus, besteht. Die deutsche Industrie hat erkannt, dass sich der Markt in China aufgrund der verbreiteten Produktimitation umso wettbewerbsintensiver gestaltet, je weniger forschungsintensiv ein Produkt ist. Dies ist z.B. bei Wickelwaren, die einen hohen Anteil arbeitsintensiver Fertigungsschritte enthalten, der Fall. Bei Keramikprodukten, die einen höheren Automatisierungsgrad aufweisen, sehen die deutschen Unternehmen schon eher Entwicklungspotenziale. Auf dem Gebiet der innovativen Vakuumtechnik haben sich besonders deutsche Firmen spezialisiert.

Ein Überblick des bilateralen Handels mit China zeigt folgende Merkmale:

- Die deutschen Lieferungen in die VR China stiegen im Jahr 2005 im Vergleich zum